

# DAS KONTRA

DAS VERBANDSMAGAZIN  
DER JUSOS BW

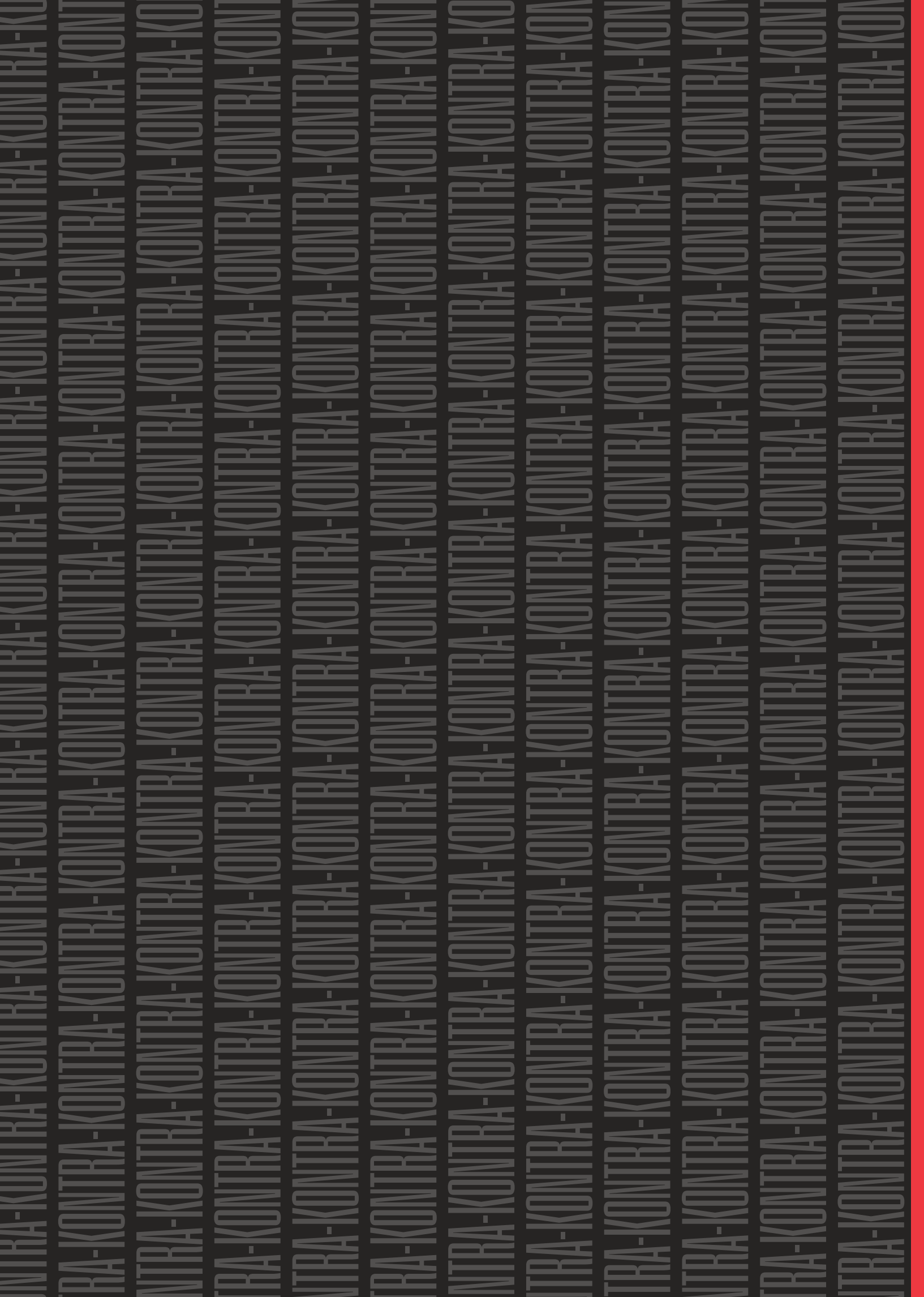
1. AUSGABE 2024

VERTEIDIGUNG.  
INNENPOLITIK.  
SOZIALE SICHERHEIT.

DAMIT  
MORGEN



SICHER  
IST



# VORWORT

*Liebe Jusos, liebe Genoss\*innen,*

Auf dem Landesausschuss im Juli in Heilbronn wurde unsere Redaktion von den LA-Delegierten gewählt. Sofort machten wir uns an die Gestaltung dieser Printausgabe. Nach der LDK werden wir uns als Redaktion für eine Klausur über unser restliches Arbeitsjahr zusammensetzen und dieses besprechen. Unsere Visionen dabei sind: Social Media, Bolg-Format und Podcast. Aber dafür brauchen wir auch euch. Das KONTRA ist das Magazin der Jusos Baden-Württemberg für die Jusos Baden-Württemberg.

Der russische Angriffskrieg hat die Sicherheitslage in Europa drastisch verändert und gezeigt, dass wir mehr in die Sicherheit von unseren Ländern, Werte und Normen investieren müssen. Sicherheit meint dabei nicht nur die militärische, sondern auch die soziale und innere Sicherheit. Daher haben wir unseren Schwerpunkt in dieser Printausgabe auf die Sicherheitspolitik und dem Kampf gegen Rechts gewidmet.

In diesem Sinne wünschen wir eine erfolgreiche LDK für uns als Landesverband. Bei dem Landesvorstand möchten wir uns bedanken, für die Realisierung der Printausgabe.

*Für die gesamte KONTRA-Redaktion  
Mit solidarischen Grüßen*

*Maris Kypeler*

## Inhalt

Vorwort	3
Interview mit Vivien Costanzo	4
How to Kommunalpolitik	6
Wahnachlese	7
“Friede, Freude, Waffenexport”	8
Die Geschichte als Waffe	10
Deutschland und die NATO	12
Ein Streitgespräch zur Dienstpflicht	14
Wie machen wir unsere Polizei fit für die Zukunft	16
Die neuen Rechten	18
Warum eine Vermögenssteuer die soziale Ungleichheit verringern kann	20
Streiks müssen legal bleiben	22
Mannheim	23
LDK-Bingo	24
Mach mit	25
Impressum	26

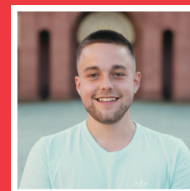
**Layout & Design:** Lars Augustin

**Illustration Cover:** Lars Augustin

**Druck:** Wir-machen-Druck



Carina Krez  
Finn Schäfer  
Florian Wintersloh  
Jana Katharina Sonntag  
Nathalie Zwiew  
Yannick Zoz



# EIN INTERVIEW MIT VIVIEN COSTANZO



Foto: Felix Fuchs

*Vivien Costanzo (34), aus Freiburg, zog im Juni in das Europäische Parlament ein. Das Europa einen hohen Stellenwert für sie hat, wurde durch ihr Engagement bei der Gründung von „Europe Talks“ im Jahr 2018 verdeutlicht. Ebenso ist sie Gründungsmitglied des SPD Bundesnetzwerkes Europa. Mit Vivien konnten wir über ihre Motivation, die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit, aber auch über ihren Start als Abgeordnete sprechen.*

## **KONTRA: Was hat dich motiviert, Abgeordnete im Europäischen Parlament zu werden?**

**Vivien Costanzo:** Europa ist für mich immer etwas Besonderes gewesen – auch ganz persönlich.

Mein Großvater kam in den 1960ern mit der Gastarbeiterwelle aus Italien nach Deutschland. Wie oft bei Kindern aus erster oder zweiter Generation von Einwanderern ist die Identifikation mit zwei Ländern immer eine Herausforderung. Für Außenstehende war ich so oft nur Deutsche oder nur Italienerin. Für mich war daher Europa mein wahres Zuhause. Unter diesem Aspekt hat mich Europa immer besonders begeistert.

Aber nicht nur das: Die EU hat Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht und ist für uns nicht mehr wegzudenken – so selbstverständlich es erscheint – so selbstverständlich

ist es für viele nicht. Abgeordnete zu sein in diesem besonderen Parlament ist für mich Privileg und Verantwortung, damit dieses Europa weltoffen, demokratisch und frei bleibt.

Lasst mich an dieser Stelle noch ein, zwei Punkte zu den vergangenen Monaten sagen: die SPD Baden-Württemberg ging mit 11 (!) Kandidierenden in den Europawahlkampf. Alle Kandidierenden – übrigens fast alle im Juso Alter – haben dafür gesorgt, Europa in der Fläche sichtbar zu machen. An dieser Stelle vielen Dank an die Kandidierenden, die René und mir so den Rücken gestärkt haben!

Allerdings schaffen auch 11 Kandidierende nicht während eines Kommunalwahlkampfes überall die Europafahne hochzuhalten. Hier haben wir auch die Jusos gebraucht. Auch an euch ein großes Danke! Ich freue mich auf die kommende Zeit – gemeinsam mit euch!

## **KONTRA: Welche Ausschüsse und Arbeitsgruppen sind für dich besonders wichtig und warum?**

**Vivien Costanzo:** Wir leben in Baden-Württemberg im Dreiländereck – insbesondere in Südbaden leben wir Europa jeden Tag. Grenzüberschreitender Verkehr beispielsweise bestimmt hier unseren Alltag. Deshalb freue ich mich, Mitglied im Ausschuss für Transport und Verkehr (TRAN) zu sein. Mit der französischen, der schweizer Grenze, dem Bodensee oder auch unserer Industrie: Der TRAN ist für Baden-Württemberg ein Schlüsselausschuss. Damit kombiniert werde ich auch im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) mitarbeiten. Gute Arbeits- und Lebensbedingungen sind ein sozialdemokratisches Herzensthema, das auch in der EU im Fokus steht.

## **KONTRA: Wie kann die EU konkret dazu beitragen, die Lebenssituation junger Menschen in Europa zu verbessern?**

**Vivien Costanzo:** Die Situation junger Menschen in der EU ist überall ähnlich und trotzdem unterschiedlich. Wir erkennen genau diesen Spagat an. Vielerorts ist die Jugendarbeitslosigkeit zu einer der größten Herausforderungen der Krise geworden, daher stärken wir die europäische Jugendgarantie weiter und bieten jungen Menschen eine Perspektive. Das Ziel muss sein, verstärkt sozialversicherungspflichtige und unbefristete Vollzeit-

stellen für Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen.

Aber das ist nicht alles: Europa muss für alle da sein: Erasmus+ ist ein guter Schritt zu einer Öffnung für alle jungen Menschen – nicht nur für Studierende. Daran muss angeknüpft werden, um Azubis eine bessere Teilhabe zu ermöglichen.

### **KONTRA: Was unternimmt das EP, um die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Demokratie in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten?**

**Vivien Costanzo:** Vorweg: Ich hätte nie gedacht, dass ich im Wahlkampf im Jahr 2024 (!) über Sinn und Zweck von Demokratie und Meinungsfreiheit diskutieren muss. Wir alle sind geboren und aufgewachsen in einer EU, die trotz aller Hindernisse gemeinsam handelt und Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als unverhandelbar ansieht. Dass das von vielen mittlerweile in Frage gestellt wird, schockiert mich zutiefst. Ich hatte mir erhofft, wir diskutieren im Wahlkampf über die Zukunft der EU – welche Lösungen wir für die großen Herausforderungen haben. Stattdessen wurde immer und immer wieder die EU als Ganzes in Frage gestellt.

Wir stehen vor wahrscheinlich der größten Herausforderung in der Geschichte der EU: Kräfte innerhalb der EU wollen diese zerstören, und wir als Parlament, als EU und natürlich auch als Partei stellen uns diesen Kräften entschlossen entgegen.

Eine große Errungenschaft des EP in den vergangenen Jahren ist der sogenannte Rechtsstaatsmechanismus, also die Möglichkeit, Rechtsstaatsündern, wie Viktor Orbán, bei Verstößen EU-Gelder vorzuenthalten.

Nur dabei darf es nicht bleiben: Der Rechtsstaatsmechanismus muss gestärkt werden und der Kampf gegen Orbáns und Co noch entschlossener geführt werden. In den ersten Wochen im Parlament hat mich der Umgang der Konservativen, der EVP mit den Faschist\*innen von Melonis Fratelli d'Italia schockiert. Eine Verharmlosung solcher Parteien ist brandgefährlich.

Als Parlament müssen wir geschlossen und energischer vorgehen. Dazu braucht es eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte, insbesondere eines echten Initiativrechts für Gesetze.

### **KONTRA: Wie sollte die EU mit autoritären Regimen und Verletzungen der Menschenrechte umgehen?**

**Vivien Costanzo:** Jede Form von Menschenrechtsverletzung muss konsequent verurteilt werden. Die ersten Tage im EU-Parlament haben gezeigt, dass wir ohne Zweifel weiter der Ukraine militärische und finanzielle Unterstützung zusichern. Viele Probleme erfordern jedoch

auch ein hohes Maß an diplomatischem Geschick. Es bringt nichts, wenn wir ausschließlich mit erhobenem Finger in andere Länder reisen und Moralapostel spielen. Davon wird sich nichts ändern – so ist Politik. Viele wichtige Institutionen und Partner leisten vor Ort entscheidende Aufklärungsarbeit. Mit diesen Partnern müssen wir eng zusammenarbeiten und sie stärken. Klar ist natürlich auch, dass wir von unseren europäischen Unternehmen erwarten, dass sich diese auch im Ausland an unsere Maßstäbe halten. Die Lieferkettenrichtlinie war hart erkämpft und ist ein historischer Schritt.

### **KONTRA: Du hast die Initiative „EuropeTalks“ geschaffen. Hierbei begegnen sich junge Menschen aus den sozialdemokratischen Parteien Europas um über Politik zu sprechen. Warum ist dieser internationale Austausch dir so wichtig?**

**Vivien Costanzo:** Wenn wir über Europa sprechen, schauen wir meist aus der deutschen Perspektive auf europäische Themen: Der Klassiker ist die Finanzkrise. Ich bin überzeugt, dass wir europäischer auf unsere Herausforderungen schauen müssen. Wenn wir einander verstehen, die Hintergründe, Interessen und Probleme der anderen nachvollziehen können – nur dann kann Europa erfolgreich sein. Und das geht natürlich am besten im direkten Austausch. EuropeTalks bietet eine Plattform für europäischen Austausch für Sozis. Wir sind unabhängig und basisdemokratisch organisiert – alle können mitmachen, es bedarf keiner Parteiämter. Gemeinsam mit den Jusos Baden-Württemberg haben wir uns im Sommer 2022 in Straßburg getroffen und über Europa diskutiert. Das war ein super Start einer tollen Kooperation!

### **KONTRA: Wann können wir deine erste Rede im EP hören?**

**Vivien Costanzo:** Schauen wir mal. Jetzt gilt es erstmal, richtig anzukommen, die Anhörung der Kommissar\*innen vorzubereiten und die ersten verkehrspolitischen Themen zu setzen. Dazu gehört natürlich auch die erste Rede im Parlament.

*Von Marius Kipfmüller*

# HOW TO KOMMUNALPOLITIK

## Welche Ausschüsse sind besonders wichtig?

Jede Gemeinde regelt in der Hauptsatzung, welche beschließenden Ausschüsse gebildet werden. Diese können dann in ihren Themengebieten unter bestimmten Regeln selbst entscheiden oder Tagesordnungspunkte für den Gemeinderat vorberaten. Die wichtigsten Ausschüsse bei uns in Grenzach-Wyhlen sind der Hauptausschuss, der soziale und personelle Themen behandelt, sowie der Technische Ausschuss, der Themen im Bauwesen angeht. Hier haben wir uns in unserer vierköpfigen Fraktion abgesprochen, dass jeweils zwei von uns in einem der Ausschüsse vertreten sind, mit den anderen beiden als Stellvertreter. Daneben gibt es weitere Ausschüsse, Arbeitskreise und Beiräte, die nicht zwangsläufig von Mandatsträgern besetzt sein müssen. Hier können die Fraktionen alternativ sogenannte sachkundige Bürgerinnen und Bürger nominieren. So haben wir beispielsweise für unseren Arbeitskreis Barrierefreiheit entschieden, eine Genossin aus dem Ortsverein zu entsenden, die unserer Einschätzung nach die Belange dieser Personengruppe am besten vertreten kann. Sollte also jemand kein Mandat erlangt haben, aber dennoch an der Mitarbeit interessiert sein, gibt es immer noch die Möglichkeit, bei der Fraktion anzufragen, ob man diese in bestimmten Themenbereichen vertreten darf. Dadurch kann man schonmal einen Eindruck erhalten, wie die Gremienarbeit abläuft.

## Wie können sich Kommunalpolitiker\*innen vor Ort präsentieren?

Die Art und Weise, wie man sich vor Ort präsentiert, hängt meiner Meinung nach nicht unmittelbar mit dem Alter zusammen. Wichtig ist eher, dass man sich so präsentiert, wie man sich wohl fühlt. Es muss also beispielsweise nicht zwangsläufig ein Vorteil sein, extrovertiert zu sein. Dadurch dass kommunale Kandidatinnen und Kandidaten oftmals durch Vereine oder den Beruf in den Orten bekannt sind, präsentiert sich jeder ohnehin auf seine eigene Art und Weise im Alltag.

## Wie sieht eine optimale Vorbereitung auf die Gremienarbeit aus?

Am wichtigsten ist natürlich, zu den einzelnen Sitzungen die Unterlagen im Voraus gelesen zu haben und in der Fraktionssitzung mitzuwirken. Hilfreich ist es zudem, sich vor allem für Projekte, die sich über einen längeren Zeitraum hinziehen, stichwortartig die wichtigsten (Teil-)

Entscheidungen zu notieren, um auch später noch nachvollziehen zu können, an welcher Stelle man derzeit steht. Daneben verfolge ich täglich die Berichterstattung in den beiden Lokalzeitungen, um zu wissen, wie sich der Bürgermeister, die Verwaltung und andere Fraktionen im Gemeinderat zu aktuellen Themen äußern und was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort derzeit beschäftigt.

## Was tun bei Fragen?

Zu jeder Frage gibt es eine Ansprechperson, die behilflich sein kann, man muss nur wissen, an wen man sich wendet. Bei inhaltlichen Fragen zu einzelnen Sitzungsvorlagen ist der Austausch innerhalb der Fraktion wichtig. Bei unseren Fraktionssitzungen ist es zudem üblich, dass diese öffentlich stattfinden, somit sind häufig Genossinnen und Genossen sowie Bürgerinnen und Bürger anwesend, die ihr Wissen zu bestimmten Themen mit einbringen und bei Fragen behilflich sein können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle Gemeinderat in der Gemeindeverwaltung können unter anderem organisatorische und rechtliche Fragen beantworten, sei es beispielsweise in Bezug auf die Antragsstellung oder den Bearbeitungsstand eines Anliegens.

Mein Tipp für euch: Aus meiner bisherigen Erfahrung möchte ich zwei Tipps mit auf den Weg geben: Authentisch bleiben und konstruktiv mitarbeiten.



Foto: Lars Augustin

*Leon Intveen (28) aus dem südbadischen Grenzach-Wyhlen im Landkreis Lörrach ist mittlerweile seit zehn Jahren im Gemeinderat, bei den Wahlen in diesem Jahr wurde er nun zudem in den Kreistag gewählt.*

# WAHLNACHLESE



Foto: Lars Augustin

Die Europa- und Kommunalwahlen haben eins gezeigt: Ein Weiter so, kann es nicht mehr geben. Gerade in Ostdeutschland haben die Menschen die AfD gewählt – in Sachsen mit über 31 %. Die rechtsextreme AfD hat in 5 Bundesländern (alle in Ostdeutschland) am meisten Stimmen geholt. In Baden-Württemberg kam die AfD auf 14,7 % und ist damit zweitstärkste Kraft, die SPD erlangte 11,6 % der Stimmen. Diese Wahlergebnisse haben bei uns und bei vielen demokratischen Mitstreiter\*innen für Fassungslosigkeit gesorgt.

Unsere Themen kamen in dem Wahlkampf nicht an. Generell fehlte der SPD ein simples Narrativ, durch das die Menschen Inhalte mit unserer Politik verbinden konnten. Bei anderen Parteien ist dieses einfach: So streben die Liberalen nach dem Leistungsprinzip, alles ist für jeden möglich, es muss nur hart dafür gearbeitet werden. Die Grünen versprechen den Klimaschutz. Sobald die Ausländer raus sind geht es uns besser heißt es bei der AfD. Ein solch einfaches Thema fehlt der SPD. Dies muss dieses nun schnellstmöglich gefunden und etabliert werden, damit die Menschen einen konkreten Grund haben, warum sie ihre Stimme unserer Partei geben müssen.

Die SPD muss die Debatten in Zukunft besser beherrschen und sich durchsetzen können. Das verlangt ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeiten und Argumentationen. Dies muss entsprechend auch in der Öffentlichkeit, also in den Zeitungen und auch in den sozialen Medien ankommen.

Hierfür benötigen wir allerdings auch das simple Narrativ.

Die Gestaltung der Plakate für die Europawahl erreichte zwar unsere Genoss\*innen und Stammwähler\*innen, allerdings konnten wir hier niemand für uns gewinnen. So waren die Themenplakate wie „Gegen Hass und Hetze“, „Gegen Steueroasen“ sind zwar zeitlos, aber nicht besonders aussagekräftig.

Auch die Kommunalwahl war von dem Ausgang der Europawahlen betroffen, in vielen Orten ist der prozentuale Gewinn bzw. Verlust der jeweiligen Parteien im Vergleich zu den Europawahlen sehr ähnlich. Aber auch hier mussten wir in einigen Kommunen Verluste hinnehmen, so traten nicht mehr amtierende Kommunalpolitiker\*innen auf unseren Listen an. Ebenso gab es in vielen Kommunen mehr und neue Listen, beispielsweise hatte die AfD Listen in vielen Orten aufgestellt, in denen sie 2019 gar nicht angetreten waren.

Positives für die SPD an den Kommunalwahlen ist, dass viele junge Menschen neu in ein politisches Gremium gewählt wurden. Mit jungen Stimmen können wir im ganzen Land für unsere Werte und Visionen laut sein. Nun gilt es diese Neugewählten zu schulen und sie zu unterstützen. Der Juso-Landesverband hat hierbei bereits ein Mentoring-Programm initiiert. Ebenso haben vor Ort die Jusos den Wahlkampf geleitet und organisiert. Das zeigt zwar einerseits eine hohe Wertschätzung die unsere Genoss\*innen in uns gelegt haben, aber andererseits auch, dass die zunehmend weniger Mitglieder ein großes Problem darstellen.

Aber wie kann es für uns als Partei nun weitergehen? Es gilt jetzt sich für die anstehenden Bundes- und Landtagswahlen Gedanken zu machen und entsprechend simple Narrative zu finden und diese aufzubauen, damit sich dieses bereits in den Köpfen der Menschen etablieren kann und unsere Genoss\*innen ein leichtes Wording haben für den Wahlkampf. Des Weiteren muss sich unsere Partei in den sozialen Medien besser zeigen, dass dies nicht mit ehrenamtlichem Engagement gewährleistet werden kann ist klar.

Dennoch sollte uns dieses Ergebnis nicht lahmlegen, sondern uns eher noch mehr motivieren und dazu animieren noch mehr zu tun und lauter für unsere Inhalte in der gesamten Fläche zu werden.

Von Marius Kipfmüller

# FRIEDE, FREUDE, WAFFENEXPORTE



Baden-Württemberg, das „Ländle“ der Erfinder und Tüftler, beweist einmal mehr seine Innovationskraft – diesmal in einem Bereich, der weniger nach Maultaschen und Automobilen klingt: der Rüstungsindustrie. Ganze 224 Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen wurden im Jahr 2020 an Unternehmen aus unserem Bundesland ausgestellt. Damit reiht sich in Baden-Württemberg neben Daimler, Porsche und Co. die Rüstungsindustrie in eine weitere Riege von Weltmarktführern ein. Die Produkte dieser innovativen Branche werden weltweit geschätzt – ob in Algerien, Peru oder Singapur. Aber woher kommen diese Hightech-Werkzeuge der Kriegsführung eigentlich? Irgendwo zwischen Mannheim und Lörrach, verstecken sich die Konzerne, die das Kriegshandwerk zur Kunst erheben.

## **Northrop Grumman LITEF GmbH: Freiburgs versteckte Perle**

In der beschaulichen Lörracher Straße in Freiburg versteckt sich ein kleiner Teil des amerikanischen Rüstungsgiganten Northrop Grumman mit einem

Jahresumsatz von schlanken 40 Milliarden Dollar im Jahr 2023. Keine Angst, von dieser atemberaubenden Summe werden lediglich knapp 100 Millionen in unserem schönen Freiburg umgesetzt. Hier werden Mess- und Navigationssysteme entwickelt – und das ganz unbedenklich, denn nur 55% des Umsatzes stammen aus dem Verteidigungsbereich. Bei so viel zivilem Engagement darf die Unterstützung des Unternehmens natürlich auch bei „Jugend Forscht“ nicht fehlen. Die 579 Mitarbeitenden sind bestimmt stolz darauf, dass ihre Arbeit nicht nur dem Krieg, sondern auch dem Nachwuchs und der Wissenschaft dient. Schade nur, dass die (55%) Profite aus den Kriegen nicht in deutsche Taschen fließen.

## **SAP: Innovatives Personalmanagement**

In einer Zeit, in der Kriegswaffen mit unzähligen Kabeln und Sensoren ausgestattet sind, darf auch die passende Software nicht fehlen. Hier kommt unser allseits bekannter Software-Gigant SAP ins Spiel. Das Unternehmen aus Walldorf hat seine zivilen Produktlösungen geschickt



angepasst, um auch im militärischen Bereich glänzen zu können. Von innovativen Lösungen für das Personalmanagement über die Organisation komplexer Lieferketten bis hin zur Planung von Wartung und Instandhaltung – SAP bietet alles, was moderne Armeen für effiziente Abläufe benötigen.

Auf der Website von SAP Defense und Security wird zudem stolz auf die Integration von Nachhaltigkeit und Künstlicher Intelligenz verwiesen. Denn was könnte ein besseres Verkaufsargument für die Militärs dieser Welt sein als „die Integration von Nachhaltigkeitsentwicklungen in elementare Prozesse“? So zeigt SAP, dass es auch im Bereich der Kriegsführung an der Spitze technologischer Innovationen steht – und dabei gleichzeitig den grünen Daumen nicht vergisst.

### **Hensoldt: Hightech made in Baden-Württemberg**

Wer braucht Silicon Valley, wenn man Ulm, Oberkochen und Pforzheim hat? Hensoldt, das deutsche Vorzeigeunternehmen in Sachen Radar, elektronische Kriegsführung und Zieloptiken, sorgt dafür, dass Baden-Württemberg auch in Sachen Sicherheitselektronik ganz vorne mitspielt. In Ulm, der nach eigenen Angaben „Renommierten Radar-Hochburg“, arbeiten 3000 Angestellte an Sicherheitselektronik. In Oberkochen kümmern sich 900 Mitarbeitende um optronische Systeme, in Immenstaad sind 420 Menschen angestellt, um Satelliten und Systeme zur Erdbeobachtung zu fertigen. In Pforzheim sitzt die Hauptsparte von Hensoldt Avionics und kümmert sich um die Vermarktung und Entwicklung der Systeme. In Aalen gibt es den kleinsten Standort in Baden-Württemberg, wo sich 70 Menschen um die Analyse von Sensordaten kümmern und diese für Kunden aufarbeiten. Auf jeden Fall ein echter Global Player. Und das nicht nur dank harter Arbeit, denn der Aktienkurs stieg seit Beginn des Ukraine-Konflikts von bescheidenen 15 auf stolze 34 Euro. Aber keine Sorge, hier handelt es sich natürlich nicht um Übergewinne, sondern um den verdienten Lohn für innovatives Unternehmertum.

### **Rheinmetall: Tradition und Innovation im Südwesten**

Rheinmetall, das größte deutsche Rüstungsunternehmen, zeigt uns, dass Tradition und Fortschritt Hand in Hand gehen können. An gleich drei Standorten in Baden-Württemberg – Neuenburg, Oberndorf und Stockach – wird fleißig an den Werkzeugen für die Kriegsführung von Morgen geschraubt. Besonders stolz ist man in Oberndorf auf die 200-jährige Geschichte der Königlich Württembergischen Gewehrfabrik. Hier fertigen 260 Mitarbeitende Maschinenkanonen mit Liebe zum Detail. In Neuenburg entwickelt man pyrotechnische Wirkstoffe – auch bekannt als Sprengstoff – und in Stockach wird an Laser- und Infrarotausrüstung

gefeilt. Für den „Infanteristen der Zukunft“ arbeiten hier 160 engagierte Mitarbeitende. Dank hervorragender Vorstandsarbeit schoss der Aktienkurs seit Februar 2022 von 90 auf 530 Euro in die Höhe. So viel leckere Gewerbesteuer für unser Ländle und das alles ohne jegliche Verbindung zu Zerstörung oder Leid – einfach beeindruckend!

### **Diehl Defence: Hightech für Umwelt und mehr**

Diehl Defence ist ein weiteres Juwel der baden-württembergischen Rüstungslandschaft und kombiniert Hochtechnologie mit Umweltschutz. In Heilbronn stellt die AIM Infrarot-Module GmbH hocheffiziente Module für Wärmebildgeräte und Lenkflugkörper her. Laut konzerneigener Website gibt es natürlich auch zivile Anwendungen, denn wer sagt, dass man mit den gleichen Systemen nicht auch den Klimawandel bekämpfen kann? Auch in Überlingen, wo Lenkflugkörper zusammengebaut und Abschusseinrichtungen entwickelt werden, steht der Umweltschutz ganz oben auf der Agenda. Hier kümmert man sich außerdem auch um den Vertrieb der AIM-9L-Flugkörper, die übrigens auch in der Ukraine im Einsatz sind. Mit einem Preis von nur 472.000 Euro pro Stück kann man so wahlweise zum Umweltschutz oder zur geopolitischen Stabilität beitragen – ein echtes Schnäppchen für sparsame Armeen auf der ganzen Welt (oder Greenpeace)!

### **Baden-Württemberg – wo Tradition auf Innovation trifft**

Ob Radar-Hochburg, Maschinenkanonen-Manufaktur oder Hightech-Umweltschutz – Baden-Württemberg zeigt, dass man hier nicht nur mit Automobilen und Maschinenbau glänzen kann. Die Rüstungsunternehmen des Landes tragen ihren Teil dazu bei, die Welt ein kleines Stück „sicherer“ zu machen – und dabei den einen oder anderen Euro zu verdienen.

Als Jusos müssen wir uns bewusst machen, der neue Spielplatz oder die Schwimmhalle werden in vielen Teilen unseres Bundeslandes auch durch Steuern der Rüstungsindustrie bezahlt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, um deren Stimme wir kämpfen und deren Stimme wir seien wollen arbeiten unter Umständen an Kriegswaffen. Wir müssen kritisch gegenüber diesen Unternehmen bleiben, wir müssen deren Einflussnahme in Hochschulen oder der Politik minimieren, wir müssen langfristig dafür kämpfen, dass diese Unternehmen nutzlos werden, aber vor allem müssen wir die Realität in ihrem Ausmaß verstehen und uns der Lage erst einmal bewusst werden.

Rüstungsindustrie ist überall, denn eins ist sicher: Frieden mag unbezahlbar sein, aber gute Waffen sind es definitiv nicht.

*Von Florian Wintersohl*

# DIE GESCHICHTE ALS WAFFE



Ein Propagandaapparat wie aus dem Lehrbuch – so könnte man das von Putin errichtete System beschreiben. Jahrelang wurde ein Narrativ propagiert, das auf allen erdenklichen Wegen vermittelt und langsam in die Köpfe der Bevölkerung gehämmert wurde. Ein Weltbild, das dazu geführt hat, dass der russische Angriffskrieg nicht den erhofften Aufschrei in der russischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Es stellte sich heraus, dass dieser Krieg zumindest für eine Mehrheit in Russland nicht nur Putins Krieg ist, sondern auch ihrer, selbst wenn die Bezeichnung „militärische Sonderoperation“ das Ganze verschleiern soll.

Zweieinhalb Jahre sind nun seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vergangen, und dennoch ist kein Ende der Kämpfe in Sicht. Für die Ukrainer\*innen bedeutet dies unendliches Leid – und doch ist ihr Mut und die Bereitschaft, ihr Leben für ihr Land zu opfern, bewundernswert. In der ukrainischen Nationalhymne heißt es nicht umsonst: „Seele und Leib werden wir für unsere Freiheit opfern, und wir werden zeigen, Brüder, dass wir zum

Kosakengeschlecht gehören.“ Der Wille der Ukrainer\*innen, ihre Unabhängigkeit und Kultur zu verteidigen, geht also schon lange zurück und wurde in diesen Zeilen bereits 1862 festgehalten.

Putins Versuch, die Existenz einer unabhängigen ukrainischen Geschichte und Kultur zu verleugnen, ist dementsprechend nicht nur Teil seiner politischen Strategie, sondern zielt schlichtweg darauf ab, der Ukraine jegliche Souveränität abzusprechen. Die ukrainische Geschichte kann jedoch nie auf die Verbindung zu Russland reduziert werden und reicht weit über die sowjetische Vergangenheit hinaus. Bereits im Mittelalter existierten auf dem Gebiet der heutigen Ukraine bedeutende Fürstentümer wie Kiew, das im 9. Jahrhundert zum Zentrum der Kiewer Rus wurde. Die Kiewer Rus gilt als einer der ersten ostslawischen Staaten, und sowohl Russland als auch die Ukraine können als Erben betrachtet werden. Putin füttert aber auf eben dieser Grundlage sein Narrativ und behauptet, die Ukrainer wären Teil eines „russischen Volkes“.

Im 16. und 17. Jahrhundert war die Ukraine zwischen dem polnisch-litauischen Reich und dem osmanischen Reich zerrissen. Während dieser Zeit formierte sich die Kosakenbewegung, die zu einem wichtigen Bestandteil der ukrainischen Identität wurde. Die Kosaken strebten nach Freiheit, waren bekannt für ihre militärischen Fähigkeiten und spielten eine zentrale Rolle in der Entstehung des ukrainischen Staates. Das 20. Jahrhundert war durch viele Tragödien ebenfalls sehr prägend für die Ukraine. Beginnend mit der Hungersnot des Holodomors in den 1930er Jahren, die längst als Völkermord anerkannt sein sollte, bis hin zu den vielen Opfern im Zweiten Weltkrieg und der generellen brutalen Unterdrückung durch das sowjetische Regime. Diese historischen Erfahrungen haben den ukrainischen Wunsch nach Unabhängigkeit tief in ihrer Kultur verankert und erklären auch, warum die Ukrainer\*innen heute wieder bereit dazu sind, sich mit allem, was sie haben, gegen den russischen Angriff aufzulehnen. Die Ukrainer\*innen kämpfen heute nicht nur gegen eine militärische Invasion, sondern auch gegen die fortgesetzte Leugnung ihrer Geschichte und Kultur durch das russische Regime.

Putin nutzt die Geschichte also als Waffe, um seine imperialistischen Ambitionen zu rechtfertigen. Er stellt die Ukraine als Teil des historischen Russlands dar und leugnet damit ihre Souveränität. Dadurch gelingt ihm auch die Mobilisierung seiner Bevölkerung, und es wird der kollektive Glaube erzeugt, dass die Annexion von Gebieten, besonders von denen mit Anteilen russischer Bevölkerung, eine Wiedervereinigung sei. In seiner Propaganda werden historische Fakten verdreht oder komplett ignoriert, um ein Bild zu zeichnen, das Russland als rechtmäßigen Erben der Kiewer Rus und die Ukraine als abtrünnige Provinz darstellt. Diese Form von Geschichtsrevisionismus ist ein zentraler Bestandteil der russischen Desinformationsstrategie.

Die russische Propaganda beschränkt sich jedoch nicht nur auf das eigene Land, sondern ist schon lange bei uns angekommen. Über soziale Medien, Nachrichtenportale und Sympathisanten verbreitet der Kreml gezielt falsche Informationen, um westliche Gesellschaften zu spalten, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und den Zusammenhalt innerhalb der EU und der NATO zu schwächen. Diese Strategie zeigt längst Wirkung. Auch in Deutschland glauben einige gerne an die russischen Verschwörungserzählungen. Verschwörungstheorien werden aber nicht mehr nur durch Trollfabriken gestreut, sondern auch die AfD verharmlost oder verbreitet russische Propaganda. Besonders beim Publikum der AfD stoßen solche Informationen natürlich auf fruchtbaren Boden, da diese oft ohnehin schon enttäuscht von Regierung und Staat

sind. Falschinformationen sind deswegen eine große Gefahr für unsere Demokratie, besonders in einer so angespannten politischen Stimmung. Die Spaltung der Gesellschaft ist genau das, was Putin erreichen will – und er schafft es vermutlich jetzt schon, die NATO damit zu schwächen.

Deutschland hat lange versäumt, sich ausreichend auf diese Form der Kriegsführung vorzubereiten. Die Bedrohung durch Desinformation und Propaganda wurde unterschätzt, und die entsprechenden Gegenmaßnahmen blieben aus. Erst mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine schien die Bedrohung in der Öffentlichkeit angekommen zu sein. Bislang sieht es aber nicht nach den umfangreichen Strategien aus, die nötig wären, um Russland etwas entgegensetzen zu können. Es bräuchte eine gezielte Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren von Fake News und Desinformation, und bereits in Schulen müssten wir Medienkompetenz deutlich ernster nehmen. Zwar sind hier erste Ansätze oft vorhanden, allerdings mangelt es dennoch oft an Personal oder den entsprechenden Fachkenntnissen. Darüber hinaus müssen Fake News in Zukunft wesentlich schneller erkannt und gelöscht werden, und in diesem Zuge müssten Unternehmen wie Meta und Co. auch mehr Einblick in ihre Algorithmen gewähren.

Parallel zu einem digitalen Hochrüstern müssen wir aber auch die militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine mit allen Mitteln aufrechterhalten. Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die Werte, die Europa und die westliche Welt verteidigen. Ein Zurückweichen gegenüber Putins Aggression würde nicht nur die Ukraine schwächen, sondern auch die europäische Sicherheit gefährden. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie gefährlich die Instrumentalisierung von Geschichte und die Verbreitung von Desinformation sein können, aber auch, dass wir nicht vorbereitet sind. Wenn eine ganze Bevölkerung durch ein verdrehtes Geschichtsbild manipuliert werden kann, dürfen wir uns nicht einbilden, dass wir davon verschont bleiben. Die Unterstützung der Ukraine ist dabei nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch unsere Verpflichtung.

*Von Carina Krez*

# DEUTSCHLAND UND DIE NATO - WIR GEBEN ENDLICH ZWEI PROZENT!



Marode Infrastruktur, defekte Hubschrauber und mangelndes Personal: Damit ist die Bundeswehr in den letzten Jahren immer wieder in den Schlagzeilen gewesen. Doch damit ist jetzt Schluss! Nachdem das Sondervermögen über 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr gepumpt wurde und Deutschland endlich das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht, ist doch alles gut! Oder etwa nicht?

Noch immer gibt es große strukturelle Mängel in der Bundeswehr, auch wenn sich mit der Ampelkoalition, Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsminister Boris Pistorius einiges verbessert hat. Was die Bundeswehr anbelangt, ist noch immer nicht alles paletti. Können wir es dann in den nächsten Jahren überhaupt schaffen, zu einem Vorreiter in Sachen Verteidigung zu werden?

Als der Innenminister aus Niedersachsen, Boris Pistorius, in das Amt des Verteidigungsministers berufen wurde, waren die Erwartungen groß. Und Pistorius hat die Erwartungen vieler sogar noch übertroffen. Er ist der wohl beliebteste Minister der Ampelregierung und konnte damit in gewisser Weise auch den Fluch brechen, der auf seinem Bundesministerium lag. Mit Christine Lambrecht, Annegret

Kramp-Karrenbauer und Ursula von der Leyen sind zuvor drei durchaus kompetente Politikerinnen in Sachen Beliebtheit deutlich auf die Nase gefallen. Immerhin ist heute eine davon (gegen viele Widerstände und trotz Korruptionsskandalen) EU-Kommissionspräsidentin, AKK war immerhin Bundesvorsitzende der CDU und Lambrecht betreute in der letzten Legislatur der Großen Koalition zwei Ministerien zugleich. Wahrscheinlich ist es Pistorius' Besonnenheit und Willensstärke zu verdanken, dass die dicke Regenwolke über der Bundeswehr und dem Bundesverteidigungsministerium langsam aufklart. Und das scheint dringend notwendig. Denn auf Deutschland liegen innerhalb der NATO große Hoffnungen.

Viele fürchten sich vor einem Wahlsieg der Republikaner im Präsidentschaftswahlkampf der Vereinigten Staaten. Denn für die Verteidigungspolitik des Westens würde eine erneute Wahl Trumps die Pläne der nächsten Jahre sprengen. Insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine stände die Europäische Union dann allein da. Zwar würde die Ukraine – nach Einschätzungen des US-Außenministers Anthony Blinken – nicht, wie von einigen

befürchtet, sofort zusammenbrechen. Dennoch müssten andere NATO-Staaten dann deutlich mehr leisten. Ebenso drohte Trump damit, Staaten, die das Zwei-Prozent-Ziel nicht erreichen, im Verteidigungsfall nicht unterstützen zu wollen. Das wäre zwar skandalös, aber dem Politikstil Trumps durchaus zuzutrauen.

Sollte also das Unfassbare eintreten und Trump erneut Präsident werden, so müsste ein anderer Staat die Führungsrolle innerhalb der NATO einnehmen. Was zunächst verrückt klingt – eine NATO ohne starke USA – muss bis nach Feststehen der Ergebnisse bei der US-Wahl als Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Und hier kommt unsere Bundesrepublik Deutschland ins Spiel. Deutschland gilt innerhalb der NATO als sogenannte „Host Nation“. Das bedeutet, dass Deutschland als Dreh- und Angelpunkt der Truppentransits durch Europa fungiert. Somit sind wir Gastgeberland für ausländische Bündnistruppen und Koordinator im Kriegsfall innerhalb Europas. Genau diese Rolle könnte uns große Verantwortung abverlangen. Fraglich ist, ob wir dieser Verantwortung so bald schon gewachsen sind. Zu erwarten ist aber, sollten die Vereinigten Staaten sich aus dem NATO-Bündnis zurückziehen, dass das ein eher schleichender Prozess wird. Bis dahin muss Deutschland so gut aufgestellt sein, dass es sich in seine Führungsrolle einfügen kann – sowohl politisch wie auch militärisch.

Bis dahin sind jedoch noch einige Schritte zu gehen. Wichtig hierbei könnte das vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel der NATO werden. Im Jahr 2014 wurde dieses Ziel festgesetzt. Alle NATO-Bündnispartner sollen zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungszwecke investieren. In Deutschland entspricht das ungefähr etwas mehr als 80 Milliarden Euro.

Dabei ist dieses Ziel aber keineswegs eine Verpflichtung, wie von einigen angenommen. Viel mehr wurde 2014 vereinbart, dass sich Militärausgaben von zwei Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts angenähert werden soll. In diesem Jahr werden voraussichtlich 23 der 32 Mitgliedsstaaten das Ziel erreichen. Noch vor zehn Jahren waren es nur drei Staaten.

Das Zwei-Prozent-Ziel ist deswegen so relevant, weil stetige Investitionen in das Verteidigungssystem eines Landes wichtig sind für die Stabilität der Verteidigungsfähigkeit und der Möglichkeit von Investitionen in Waffensysteme, Kommunikation und Infrastruktur. Denn es gibt leider unzählige Berichte von schimmligen Baracken und fehlender Ausrüstung. Das Sondervermögen allein hat hier bei weitem nicht ausgereicht. Forderungen der CDU das Sondervermögen für die Bundeswehr auf 300 Milliarden

aufzustocken, wirkt hier auch nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein, solange die Investitionen nur einmalig und punktuell sind.

Deutschland macht also einen großen Schritt in die richtige Richtung, sollten ausreichende und kontinuierliche Investitionen getätigt werden. Olaf Scholz spricht bereits öffentlich darüber, dass der Wehretat auf diesem Niveau bleiben soll. Und trotzdem reichen große Investitionen alleine nicht aus für ein gutes Auftreten Deutschlands in der NATO. Denn Frieden schließen am Schluss nicht die Waffen, sondern die Politik und Verhandlungen. Es ist primär wichtig, dass wir uns im Angriffsfall solide verteidigen können, aber wir benötigen auch eine gute Grundlage im Bereich internationaler Beziehungen. Und hier – so mancher mag es kaum glauben – spielt Bundeskanzler Olaf Scholz eine wichtige Rolle.

Scholz war schon als Finanzminister viel in der Welt unterwegs. Regelmäßig reiste er durch die westliche Welt, aber beispielsweise auch nach China. So unbeliebt er im Moment in Deutschland aufgrund seiner kühlen Art auch sein mag, er hat seine Beziehungen in das Weltgeschehen. Zwar wird immer wieder von Zeitungsverlagen behauptet, das Ausland sei von Scholz aufgrund seiner Zögerlichkeit verärgert oder man mache sich international über seine Zustimmungswerte lustig, aber sollte Olaf Scholz trotz aller Widrigkeiten noch einmal Kanzler werden, ist zumindest letztere Schlagzeile vom Tisch gewischt.

Alles in allem muss sich Deutschland aber dennoch seiner „versteckten“ Führungsrolle bewusst werden. Im Vergleich zu den Militärausgaben der letzten Jahre haben wir hier deutlich nachgelegt. Es ist aber ebenso wichtig zu betonen, dass wir zu Gunsten unserer Sozial- und Bildungssystem, anders als beispielsweise Polen oder die USA, hier nicht deutlich mehr als die angepeilten zwei Prozent ausgeben sollten. Vielmehr müssen wir zudem darauf schauen, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht weiter gekürzt wird, wie das im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehen ist. Diese Themen dürfen keinesfalls im Haushalt gegeneinander ausgespielt werden und müssen in beiden Bereichen Ihre Ziele erreichen können (2 % bei der Verteidigung, 0,7 % bei der Entwicklungszusammenarbeit). Verteidigung ist wichtig, aber indem wir die Entwicklungszusammenarbeit fördern, entstehen potenziell weniger Konflikte auf dieser Welt. Auch hier gilt, wie in jedem Bereich: Prävention ist immer besser als Reaktion.

*Von Yannick Zoz*

# ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT: EIN STREITGESPRÄCH



Aktuell wird eine allgemeine Dienstpflicht und eine Wehrpflicht immer wieder in den politischen Diskurs gestellt. So hatte unser Verteidigungsminister, Boris Pistorius, vor kurzem gefordert, dass alle Wehrfähigen einen obligatorischen Fragebogen erhalten, um Menschen für den Wehrdienst zu gewinnen. Mithilfe eines Streitgespräches wollen wir die unterschiedlichen Perspektiven auf dieses Thema niederspiegeln. Kevin Leiser (30), Mitglied im Bundestag, ist ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss. Luis Prochaska (20) Kreisvorsitzender der Jusos Ostalb und Mitglied des Awarnessteam der Jusos Baden-Württemberg.

## Welche Vorteile bzw. Nachteile seht ihr für eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen?

**Kevin Leiser:** Für mich gibt es bei einer allgemeinen Dienstpflicht Vorteile für die Allgemeinheit und das Individuum. Für die Allgemeinheit ist es wichtig, dass junge Menschen für die kommenden Herausforderungen in unserer Welt gefördert werden. In Europa ist durch Russlands Angriff auf die Ukraine der Krieg zurück, die Naturkatastrophen werden wie im Ahrtal zunehmen. Darauf müssen wir uns als Gesellschaft vorbereiten. Außerdem driftet unsere Gesellschaft auseinander. Wir begegnen uns unabhängig von Elternhaus und Berufsgruppe immer weniger. Eine allgemeine Dienstpflicht würde uns wieder mehr zusammenbringen. Die Menschen selbst können neue Fähigkeiten und Kompetenzen lernen.

**Luis Prochaska:** Teilweise stimme ich dir dabei zu. Aber für mich ist der Eingriff in die Privatsphäre für das

Aufzwingen einer Dienstpflicht schwierig zu bewerten. Viele junge Menschen absolvieren nach ihrem Abschluss bereits ein Freiwilliges Soziales Jahr – 65% der Frauen und 35% der Männer. Dies fördert bereits die Allgemeinheit. Das FSJ wird gut angenommen, bevor es eine Dienstpflicht gibt, sollte dieses attraktiver gemacht werden, damit die Rate der Freiwilligen gegen 100% geht. Die Kosten bei einer Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht sind hoch, es fehlt an Struktur, in der Bundeswehr fehlt es an Auszubildner\*innen. Ebenso sind junge Menschen durch den Dienst 1 Jahr später in der Wirtschaft. In einer Zeit mit einem begrenzten Bundeshaushalt sollten wir besser auf unser Budget achten.

## Wie bewertet ihr die Idee der Dienstpflicht die unser Verteidigungsminister, Boris Pistorius, aufgestellt hat?

**Luis Prochaska:** Die Idee hört sich gut an. Ich glaube mir persönlich hätte dies weitergeholfen. Ich selbst war kruz am überlegen in die Bundeswehr zu gehen. Dass das Ausfüllen des Fragebogens verpflichtend ist finde ich hilfreich. Positiv ist auch, dass die Reservist\*innen befragt werden. Die 5.000 Anwerter\*innen sollten realistisch sein.

**Kevin Leiser:** Der Vorschlag ist sehr gut. Es ist wichtig, dass wir noch in dieser Legislaturperiode vorankommen. Aufgrund der aktuellen grundgesetzlichen Bestimmungen müssen Männer den Fragebogen abgeben, Frauen können ihn zunächst abgeben. Nur jeder vierte Bundesbürger fühlt sich gut informiert über das ehrenamtliche Engagement in Deutschland. Durch diesen Fragebogen könnten weitere auch allgemeine Informationen zum Ehrenamt versendet

werden. In den nächsten Jahren müssen neue die Kapazitäten geschaffen werden. Geklärt werden muss noch, was passiert, wenn die Anzahl der Anwärter\*innen nicht erfüllt wird.

**In welchen Bereichen sollte eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden? Gibt es auch Maßnahmen für den gesellschaftlichen Nutzen ohne Zwang zu erreichen?**

**Luis Prochaska:** Am besten sollte die allgemeine Dienstpflicht in keinem Bereich eingeführt werden. Mithilfe des FSJ kann der gesellschaftliche Nutzen ohne Zwang erreicht werden, indem dieses ausgebaut wird. Aktuell gibt es Taschengeld in Höhe von 450 Euro für einen Vollzeitjob, das ist kein Anreiz. Das Gehalt muss ausreichen für einen Tapetenwechsel. Wie Kevin bereits sagten, kann durch so einen Dienst die Ehrenamtskultur gestärkt werden und für das Ehrenamt mehr Wertschätzung geben. Dafür setzt sich bereits die SPD gut ein. Wenn sich der Fragebogen auch auf die Sozialen Bereiche beziehen wird, gibt es auch mehr Aufklärung über den Nutzen dieser Berufe.

**Kevin Leiser:** Ich sehe Dafür gibt es nur zwei mögliche Modelle: 1. Den Dienst in Vollzeit am Stück oder 2. In Teilzeit, aber dafür länger, abzuhalten. So war das auch früher möglich. Die Art des Dienstes und den Einsatzort sollen den Menschen möglichst selbst wählen können. Sie können auch zur Feuerwehr, zum THW, oder in soziale Bereiche. Für mich würde ein öffentliches Amt wie Gemeinderat auch ausreichen, es geht darum, dass ein Teil für die Gesellschaft geleistet wird. Laut dem Ifo-Institut würde eine Dienstpflicht in einem kompletten Jahrgang 79 Milliarden Euro kosten. Wir müssen diese Bereiche aber so oder so stärken. Bei einer Dienstpflicht steigt zudem die Resilienz (Widerstandsfähigkeit) unserer Gesellschaft.

**Welche Unterstützung und Begleitung würden junge Menschen während der Dienstzeit benötigen?**

**Luis Prochaska:** Dafür sind die FSJ-Seminare ja ideal. Die sind eigentlich wie ein Juso-Wochenende nur etwas länger. Ich glaube wir brauchen auch ein Coaching System, weil beim FSJ bereits extrem enorme Aufgaben übernommen werden müssen aufgrund des Fachkräftemangels. Des Weiteren braucht es psychologische Unterstützung so wie bei der Bundeswehr. Nach dem Dienst sollte es weitere persönliche Beratungen für die zukünftige Karriere geben

**Kevin Leiser:** Da bin ich sehr nahe bei Luis. Ich glaube es sollte durchgehend eine neutrale Person oder Mentor\*in für jede\*n im Dienst geben. Genauso sollte es eine Feedback-Schleife geben, damit permanent eine Rückkopplung geschehen kann.

**Wie könnte die Akzeptanz und Bereitschaft unter den jungen Menschen für eine Dienstpflicht erhöht werden?**

**Kevin Leiser:** Bereits drei von vier Bürger\*innen in Deutschland sind für eine Dienstpflicht, bei den 18 bis 25-Jährigen sind es zwei von drei. Eine breite Akzeptanz ist somit vorhanden. Generell muss der gesellschaftliche und individuelle Mehrwert hervorgehoben werden, dann würde die Bereitschaft auch steigen.

**Luis Prochaska:** Also, wenn der deutsche Staat eine Dienstpflicht einführen würde, wäre ich nicht einverstanden. Aber es muss eine faire Bezahlung geben, so dass ein Ortswechsel möglich ist, das würde die persönliche Entwicklung fördern. Aber ich würde zuerst die freiwilligen Strukturen aufbauen vor der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht.

**Kevin, du hast die Rekrutenausbildung absolviert, was war dabei deine Motivation und Erfahrungen? Hast du vielleicht einen Appell an die Jusos Baden-Württemberg?**

**Kevin Leiser:** Für mich gab es dafür 2 entscheidende Gründe: einerseits bin ich Mitglied im Verteidigungsausschuss und habe damit eine besondere Verantwortung im Bezug auf die Ausstattung und die Ausbildung bei der Bundeswehr. Ich selbst war nicht mehr wehrpflichtig, die Wehrpflicht wurde kurz vor meinem 18 Geburtstag ausgesetzt. Andererseits ist die aktuelle Sicherheitslage in Europa bedrohlich. Durch meine Grundausbildung bin ich in der Lage entsprechend zu handeln. Auf die Jusos Baden-Württemberg bin ich sehr stolz. Sie haben sich für das Sondervermögen eingesetzt, einen umfassenden Antrag zur Sicherheitspolitik an dem SPD-Landesparteitag gestellt, welcher angenommen wurde, und sie haben Sicherheitspolitik zum Schwerpunktthema ihres Arbeitsjahres gemacht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kevin und Luis für die Stärkung der Freiwilligkeit sind. Eine Verpflichtung bewerten sie unterschiedlich. Die eigentliche Frage müsste lauten „Schaffen wir es als Gesellschaft unter dem Aspekt der individuellen Einsicht uns füreinander ausreichend einzusetzen?“. Zum Abschluss des Streitgesprächs berichtete Kevin von seiner ersten ehrenamtlichen Tätigkeit nach der Konfirmation. Er wurde danach als Jungscharmitarbeiter eingeteilt. Man ging schlicht davon aus, dass er das machen würde. Das war für ihn eine „unausgesprochene Pflicht“. Aber generell war das eine positive Erfahrung für ihn.

*Von Marius Kipfmüller*

# WIE MACHEN WIR UNSERE POLIZEI FIT FÜR DIE ZUKUNFT



In einer sich wandelnden Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahren auch die Anforderungen an die Polizeiarbeit verändert. Eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft, die erhöhte Mobilität der Bürger\*innen sowie die Digitalisierung haben zu einem Zuwachs und einem neuen Fokus der polizeilichen Aufgaben geführt. Gerade zunehmender Extremismus, Cyberkriminalität, international agierende Banden und ein Anstieg innerhalb der Wirtschaftskriminalität erhöhen das Arbeitspensum der Beamt\*innen enorm. Darüber hinaus erfordern die eben genannten Kriminalitätsfelder einen besonders hohen Grad an Fachwissen. Um die hohen Qualitätsanforderungen, die Bürger\*innen berechtigterweise an Polizeiarbeit stellen, erfüllen zu können muss die Polizei entsprechend der neuen Rahmenbedingungen ausgerüstet und ausgebildet werden.

Wie hoch die aktuelle Arbeitsbelastung für Polizist\*innen ist zeigt ein Blick auf die Situation in Stuttgart. Im Jahr 2023 wurden dort rund 120.000 Überstunden geleistet. Vor vier

Jahren waren es noch 77.000 Überstunden. Zahlen für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor, doch auf Grund der Fußball-Europameisterschaft ist von einem weiteren Anstieg der Überstunden auszugehen. Geschätzt fehlen in Stuttgart derzeit etwa 100 Besetzungen von Streifenwägen, was die Einsatzfähigkeit der Polizei erheblich beeinträchtigt. Die Stadt Stuttgart stellt in Baden-Württemberg keinen Einzelfall dar. Pro sogenannter Haushaltstelle, also für jede im Haushaltsplan des Landes Baden-Württemberg vorgesehene Polizeistelle, werden im Schnitt 51 Mehrarbeitsstunden geleistet. Diese Überlastung führt zu krankheitsbedingten Ausfällen und schadet der Qualität der Polizeiarbeit insgesamt. Es bedarf folglich eines Konzeptes zur langfristigen Entlastung von Polizist\*innen. Dafür lohnt es sich drei Aspekte näher zu betrachten.

## **1. Entlastung von polizeifremden Aufgaben**

Viele Aufgaben, die derzeit von Polizist\*innen über-



nommen werden, könnten von gut qualifizierten Fachkräften außerhalb der Polizei durchgeführt werden. Dazu zählen vor allem administrative Tätigkeiten oder Aufgaben im Bereich der Präventionsarbeit. Damit die Polizei als Arbeitgeberin für diese Angestellten attraktiver wird, müssen die meistens befristeten Arbeitsverträge von Tarifbeschäftigten in unbefristete umgewandelt werden. Planungssicherheit könnte so zum entscheidenden Anreiz werden, um sich für die Polizei als Arbeitgeberin zu entscheiden. Gerade im Bereich der ITK-Fachkräfte (Informations- und Kommunikationstechnologie) befindet sich die Polizei in einem intensiven Wettbewerb mit der freien Wirtschaft. Es besteht die ständige Gefahr der Abwanderung von Fachkräften und damit einhergehend auch von Spezialwissen. Allerdings wurden auch viele Stellen im Bereich der ITK abgebaut und Aufträge an öffentliche Dienstleister abgegeben, was dem dynamischen Umfeld und den ständig neuen Herausforderungen nicht gerecht wird. Neben unbefristeten Arbeitsverträgen wäre eine weitere Maßnahme zur Fachkräftegewinnung die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten außerhalb der Polizei zum Beispiel in Form von Stipendien. Hierfür gibt es noch keine einheitliche Regelung. Besonders im Bereich der Cyberkriminalität und Wirtschaftsprüfung ist spezielles Fachwissen gefragt. Hier könnten zusätzliche Stabsstellen geschaffen werden, um die Polizei zu entlasten und gleichzeitig die Effizienz und Kompetenz in diesen Bereichen zu erhöhen.

## 2. Digitalisierung der polizeilichen Arbeit

Die Bewältigung von Kriminalität wird immer in einem immer höheren Grad von Digitalisierung bestimmt. Insbesondere im Bereich der forensischen Sicherung ist die Digitalisierung dringend notwendig. Digitale Assistenzen, Technologien zur horizontalen Vernetzung wie Messenger-Systeme, aber auch künstliche Intelligenz und Big Data stellen die Polizei vor neue Herausforderungen. Um hier eine sinnvolle Entlastung zu gewährleisten muss die Digitalisierung zu einer Vereinfachung der polizeilichen Aufgaben führen und eine Entlastung von Routineaufgaben sowie bei der Erfassung von polizeilichen Ereignissen bieten. Immer noch gibt es Prozesse mit hoher Komplexität im Büroalltag und solche, die die Zwei- und Mehrfacherfassung von Informationen verlangen. Es fehlt an Automatisierung bei Routineaufgaben. Für sinnvolle digitale Prozesse braucht es die Mitbestimmung der Beamt\*innen und Angestellten, denn diese kennen die Arbeitsabläufe am besten. Hierzu fehlt es allerdings an Regelungen in den Landespersonalvertretungsgesetzen. Darüber hinaus trifft die Digital-

isierung bei der Polizei auf seit Jahrzehnten etablierte Organisationsstrukturen. Die Ansätze sind bundesweit sehr heterogen; länderspezifische Ausstattungen und Regelwerke verkomplizieren den Arbeitsalltag häufig. Um die Vernetzung innerhalb der Polizei zu gewährleisten bräuchte es eine länderübergreifende Harmonisierung technischer Systeme und die Ausstattung mit Basistechnologie nach dem Prinzip „einmal für alle“. Eine bundesweite Cloud-Infrastruktur mit speziellem Fokus auf dem Bereich der Auswertung wäre ebenfalls sinnvoll. Darüber hinaus braucht es mehr Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Polizist\*innen im Bereich Digitalisierung und vor allem digitaler Spurensicherung.

## 3. Qualitativ hochwertige Polizeiausbildung

Die angekündigte Einstellungsoffensive von Innenminister Thomas Strobl zeigt nur begrenzte Wirkung. Im Jahr 2023 blieben 150 Ausbildungsstellen unbesetzt. Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg meldet seit 2018 rückläufige Zahlen von Bewerber\*innen. Zudem schaffen es nur 70 Prozent der Auszubildenden, ihre Ausbildung auch tatsächlich abzuschließen. Die hohe Auslastung der Polizei führt dazu, dass Auszubildende und Studierende häufig zur Schließung der Personallücken eingesetzt werden. Hierfür wurde die Praxiszeit im mittleren Dienst von 12 auf 9 Monate verkürzt, was den Druck auf die angehenden Polizist\*innen weiter erhöht. Hinzu kommt eine immer forderndere schulische Ausbildung, die für viele eine zusätzliche psychische Belastung darstellt. Hinzu kommt die Angst vor dem Verlust des Ausbildungsplatzes bei Verletzungen oder Erkrankungen dar. In solchen Fällen ist eine Verbeamtung oft nicht mehr möglich, auch wenn die Verletzung während eines Einsatzes in der Ausbildung erlitten wurde. Darüber hinaus ist eine Ausbildung bei der Polizei nicht günstig. Ausbildungseinsätze finden oft nicht am Wohnort, sondern in teuren Ballungszentren statt, was hohe Kosten verursacht, die viele Auszubildende nur schwer tragen können. Polizist\*innen leisten in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft unverzichtbare Arbeit unter zunehmend schwierigen Bedingungen. Es liegt in unserer politischen Verantwortung, sie bestmöglich zu unterstützen und ihre Arbeitsbelastung durch gezielte Maßnahmen nachhaltig zu reduzieren. Nur so können sie ihre Aufgaben weiterhin mit der erforderlichen Qualität und Sicherheit erfüllen.

*Von Nathalie Ziwey*

# DIE NEUEN RECHTEN



Foto: Lars Augustin

In den letzten Jahren hat sich eine neue Strömung des Rechtsextremismus in Europa und den USA hervor getan. Diese neue Strömung der rechten Szene werden die „Neuen Rechten“ genannt, aber was versteht man unter diesem Begriff der „Neuen Rechten“. Um dies besser zu verstehen was die „Neuen Rechten“ für eine Gruppierung in der rechten Szene sind, müssen wir uns erst mal tiefer in deren Ideologien und ihrem Agieren hineinversetzen.

In erster Linie möchten sie sich von den „Alten Rechten“ abgrenzen, die sich verstärkt auf den Nationalsozialismus beziehen, Hier versuchen sie sich mit intellektuellen und gesellschaftsfähigen Ansätzen neu zu positionieren.

Weitaus komplexer und vielschichtiger sind deren Ideologien, diese lassen sich aber in ein paar zentralen Merkmalen beschreiben.

Die vier für mich wichtigsten Ideologien habe ich für euch erst einmal zusammengefasst. Angefangen damit, dass sie die liberale Demokratie ablehnen mit ihren Werten Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit ablehnen. Hier sehen wir, dass sie eine autoritäre und antipluralistische Gesellschaft befürworten. Was heißt dies für die „Neuen Rechten“? Sie

befürworten eine Gesellschaft in der eine homogene Sichtweise und Lebensweise das einzig richtige ist und Andersdenkende und Minderheiten einer Lebensform unterdrückt werden.

Dies zeigt sich wieder in der Intoleranz gegenüber Andersartigkeit und Abweichungen von der Norm, hier kommt der Begriff der „Kultur“ ins Spiel. Mit diesem möchten sie zuerst einmal ablenken von dem Begriff des Rassismus und diesen auch so verharmlosen, denn der Begriff „Kultur“ ist sehr weitgefächert und wird nicht gleich mit Rassismus in Verbindung gebracht, somit versuchen sie sich wieder mit gesellschaftsfähigen Ansätzen neu zu positionieren.

Damit verzerren sie das Bild in der Gesellschaft von Rassismus und treffen auch mit dem Begriff „Kultur“ auf mehr Zustimmung in der Bevölkerung, da sich ein Großteil der Gesellschaft besser damit identifizieren kann. So entsteht ein Kulturkampf in der Gesellschaft, den die rechte Szene wieder für sich verwenden kann, in dem Sie propagieren, dass die deutsche Kultur gefährdet sei durch die Zuwanderung, durch andere Lebensformen und

Religionen. Hier sehen wir das Sie eine Multikulturalität und Einwanderung ablehnen. Eine weitere zentrale Rolle der „Neuen Rechten“ ist die Ablehnung der Multikulturalität, die eine Islamophobie und antimuslimischen, sowie antisemitischen Diskurs und Verschwörungstheorien beinhaltet.

Zusehen aktuell in Großbritannien – hier hat ein Jugendlicher drei Mädchen in einem Tanzcamp umgebracht. Kurze Zeit drauf wurden schon Falschnachrichten verbreitet, dass er ein Migrant sei und vor Jahren mit dem Boot nach Großbritannien kam und Muslim sei, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch niemand etwas Genaueres wusste. Die rechte Szene hat das gleich für sich genutzt und hat diese Falschnachricht weiterverbreitet und somit den Kulturkampf in die Öffentlichkeit getragen und einen weiteren Punkt der „neuen Rechten“ gezeigt, dass der Islam eine Bedrohung der westlichen Kultur und Lebensweise sei. Dies zeigt das sie sich nicht nur auf das Aussehen beschränken, sondern sich viel weitergehend sich den kulturellen Hintergrund mehr zu Nutze machen und daraus rassistische Feindbilder propagieren, die nicht in deren Norm passen und somit meiner Ansicht nach wieder die Brücke zur Remigration schlagen.

Dies zeigt sich dadurch, dass in den letzten Jahren verstärkt eine weitere Gruppe sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen hat. Die Verschwörungstheoretiker, den viele Anhänger glauben an Verschwörungstheorien mit deutlich antisemitischen Zügen, das eine jüdische Elite Teile von der Politik, Wirtschaft und Medien kontrollieren.

Ein weiterer großer Punkt ist nicht nur zu wissen was die Ideologien sind der „Neuen Rechten“ um sie besser zu verstehen, sondern wie Sie diese Ideologien in die Gesellschaftliche Mitte tragen um dann zu verstehen wie wir als politische Gruppe dagegen vorgehen können.

Die „Neuen Rechten“ streben eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft an und will ihre Ideen in die politische Mitte tragen. Dies führt dazu, dass Sie die „Kulturrevolution von Rechts“ herbeiführen wollen und bestehende gesellschaftliche Werte und Normen umstürzen möchten. Dies fängt schon beim Auftreten der „Neuen Rechten“ an, hier möchten Sie intellektuell und seriös auftreten und wollen so auch nach Außen wirken.

Durch die geschickte Wortwahl und Besetzungen von Schlüsselpositionen versuchen sie, den politischen Diskurs zu verschieben und ihre Themen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dies geschieht aber auch noch sehr stark durch die Nutzung von verschiedenen Kanälen wie Bücher, Zeitschriften, Internetplattformen und Veranstaltungen, in der sie ihre Ideen nochmals verstärkt in die Öffentlichkeit tragen.

Die „Neuen Rechten“ sind gut vernetzt und arbeiten mit verschiedenen Akteuren zusammen, um ihre Ziele zu erreichen. Mit dieser starken und guten Vernetzung können sie gezielt auf verschiedene Zielgruppen wie junge Menschen und enttäuschte Wähler eingehen. In diesen Zielgruppen wird auch mit der ständigen Wiederholung von Botschaften versucht die rechtsextremen Positionen zu normalisieren. Wichtige Elemente dieser Botschaften sind, dass sie die Werte der Demokratie wie Pluralismus und Gleichheit ablehnen und im Gegenzug autoritäre Strukturen und eine starke Führung befürworten. Auch wird immer wieder in Veranstaltungen und in Reden, die Bedeutung einer homogenen nationalen Identität und die Ablehnung von Vielfalt propagiert.

Letztendlich sehen wir jetzt schon als Folgen der Strategie der „Neuen Rechten“, das sie zur Polarisierung in der Gesellschaft beitragen und durch Aktivitäten und Wiederholungen zu einer Normalisierung rechtsextremer Positionen führt. Dies führt dazu das sie versuchen die demokratischen Strukturen von innen heraus zu unterwandern.

Wichtig ist letztendlich auch zu wissen und deshalb ist es auch so schwierig gegen sie vorzugehen, dass sie keine homogene Bewegung sind, sondern aus einer Vielzahl von Strömungen und Akteuren bestehen, die ihrerseits eine sehr hohe Anpassungsfähigkeit auf Reaktion gesellschaftlicher Entwicklungen haben.

Zum Schluss möchte ich auf meine Anfangsfrage zurückkommen „Die Neue Rechte, eine Gefahr für die Demokratie?“. Was wir jetzt schon in der Europawahl und den Kommunalwahlen gesehen haben eine deutliche Stärkung der rechten Gruppen. Ich sehe eine deutliche Gefahr für Deutschland, aber noch habe ich nicht die Hoffnung aufgegeben, denn wen ich sehe was in anderen Ländern möglich ist dürfen wir hier den Kampf nicht aufgeben, denn diese Option darf es nicht geben. Wünschen würde ich mir, dass die aktuelle Regierung mehr für den Kampf gegen rechts aufbringt, weil eine starke und gefestigte Regierung nach Außen hin, keinen Spielraum für die „Neuen Rechten“ bietet.

*Von Jana Katharina Sonntag*

# WARUM EINE VERMÖGENSSTEUER DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND VERRINGERN KANN

In Deutschland klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die reichsten 10 % der Bevölkerung besitzen rund 60 % des gesamten Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur über einen kleinen Bruchteil davon verfügt. Diese Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Eine mögliche Lösung, die seit langem diskutiert wird, ist die Einführung einer Vermögenssteuer. Diese Maßnahme könnte erheblich dazu beitragen, die sozialen Ungleichheiten zu verringern und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Eine Vermögenssteuer zielt darauf ab, das Nettovermögen von wohlhabenden Individuen und Haushalten zu besteuern. Doch warum ist das notwendig und wie kann es helfen? Zunächst einmal ermöglicht eine solche Steuer eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten. Während Einkommenssteuern hauptsächlich auf das laufende Einkommen abzielen, wird durch eine Vermögenssteuer auch das bereits angehäuften Vermögen erfasst. Dies ist besonders wichtig, weil die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland stark korreliert. Menschen mit hohem Vermögen erzielen auch höhere Einkommen aus Kapitalerträgen, während Geringverdiener\*innen kaum Möglichkeiten haben, Vermögen aufzubauen.

Durch die Besteuerung von Vermögen wird das Geld in die Staatskassen gespült, das dringend benötigt wird, um in

öffentliche Dienstleistungen zu investieren. Diese Investitionen könnten in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit fließen, was besonders benachteiligten Gruppen zugutekommt. Bessere Bildungsangebote und Gesundheitsversorgung tragen wesentlich dazu bei, die Chancengleichheit zu erhöhen. Kinder aus einkommensschwachen Familien hätten so bessere Möglichkeiten, gute Schulen zu besuchen und gesünder aufzuwachsen, was ihre langfristigen Aufstiegschancen verbessert.

Auch für die Vermögenssteuer spricht ihre potenzielle Rolle bei der Finanzierung von sozialen Programmen. Mit den zusätzlichen Einnahmen könnten gezielte Maßnahmen entwickelt und finanziert werden, die Menschen in prekären Lebenslagen unterstützen. Das könnte etwa die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, kostenlose oder stark subventionierte Bildungs- und Ausbildungsprogramme sowie umfassende Gesundheitsdienste beinhalten. Solche Programme würden direkt dazu beitragen, die soziale Ungleichheit zu verringern und den sozialen Aufstieg zu fördern.

Auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur könnten die zusätzlichen Mittel einen Unterschied machen. Gut ausgebaute öffentliche Verkehrsmittel, sichere und gepflegte öffentliche Räume sowie Zugang zu modernen digitalen Technologien sind für alle Bürger\*innen von Vorteil, aber insbesondere für diejenigen, die sich keine Alternativen leisten können. Eine bessere Infrastruktur trägt dazu bei,

dass Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund Zugang zu den gleichen Chancen haben.

Ein Argument, das oft gegen die Vermögenssteuer vorgebracht wird, ist die Sorge vor Kapitalflucht und einem Verlust von Investitionen. Doch diese Befürchtungen sind übertrieben. Viele Länder haben Mechanismen entwickelt, um Vermögenssteuern effizient zu erheben und gleichzeitig die Flucht von Kapital zu verhindern. Eine gut durchdachte und fair gestaltete Vermögenssteuer würde auch in Deutschland funktionieren, insbesondere wenn sie in ein umfassendes System der internationalen Steuerkooperation eingebettet ist. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Investitionen nicht allein von Steuersätzen abhängen, sondern auch von der wirtschaftlichen und politischen Stabilität sowie der Qualität der Infrastruktur und der Bildungsangebote eines Landes.

Leider stellen sich Parteien wie die FDP und die CDU oft quer, wenn es um die Einführung einer Vermögenssteuer geht. Christian Lindner und seine FDP sind besonders vehement dagegen und argumentieren, dass eine Vermögenssteuer die "Leistungsträger\*innen" der Gesellschaft bestrafen würde. Doch man muss sich fragen: Ist es wirklich fair, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung einen Großteil des Vermögens besitzt, während viele andere kaum über die Runden kommen? Die Realität ist, dass die aktuellen Steuerstrukturen vor allem den Reichen zugutekommen und die soziale Ungleichheit weiter verschärfen. Die CDU, die sich oft als Partei der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet, hat in der Vergangenheit ebenfalls wenig Interesse gezeigt, ernsthafte Maßnahmen

gegen die Vermögensungleichheit zu ergreifen. Stattdessen werden Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende priorisiert, während dringend benötigte Investitionen in Bildung und soziale Sicherheit auf der Strecke bleiben.

Letztlich geht es bei der Einführung einer Vermögenssteuer um mehr als nur um finanzielle Aspekte. Es geht um soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der extreme Ungleichheit herrscht, ist weniger stabil und anfälliger für soziale Spannungen. Durch eine gerechtere Verteilung des Vermögens und die Finanzierung öffentlicher Güter und sozialer Programme können wir eine stabilere, gerechtere und prosperierendere Gesellschaft schaffen.

Eine Vermögenssteuer ist kein Allheilmittel, aber sie ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie kann dazu beitragen, die tiefen Gräben zu überbrücken, die unsere Gesellschaft spalten, und sie kann dazu beitragen, dass jede\*r in unserem Land eine faire Chance auf ein gutes Leben hat. Es ist an der Zeit, diese mutige Maßnahme zu ergreifen und eine gerechtere Zukunft für alle zu schaffen. Es ist nicht akzeptabel, dass Politiker wie Christian Lindner und seine Unterstützer\*innen in der FDP weiterhin eine Politik verteidigen, die die soziale Ungleichheit aufrechterhält und die Chancen der weniger Privilegierten beschneidet. Auch die CDU sollte ihre Prioritäten überdenken und sich stärker für die Belange der breiten Bevölkerung einsetzen, anstatt einseitig die Interessen der Wohlhabenden zu vertreten. Die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, dass wir gemeinsam für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit kämpfen.

*Von Finn Schäfer*

# STREIKS MÜSSEN ERHALTEN BLEIBEN



Foto: Lars Augustin

In der industriellen Revolution waren die Arbeitenden ihren Arbeitgebern oft schutzlos ausgeliefert. Die Arbeitsumstände waren damals katastrophal.

14 bis 16 Stunden am Tag für sehr geringe Löhne waren damals normal. Sicherheitsbestimmungen oder Jugendschutz gab es nicht.

Die einzige Macht der Arbeitenden war ihre eigene Produktionskraft, von der die Arbeitgebenden und ihre Geschäfte abhängig waren. Doch damals waren Streiks nicht nur bei den Arbeitgebenden unbeliebt, sondern wurde auch von den Regierungen verboten. Teils gab es harte Strafen, sogar Freiheitsstrafen waren nicht unüblich.

Doch immer mehr schlossen sich die Arbeiter zusammen, Gewerkschaften entstanden. Die Streiks wurden immer effizienter und systematischer. Schlussendlich verbesserten sich durch die Gewerkschaften und die Streiks die Arbeitsumstände immer mehr und mehr.

Und 1949 wurde schließlich mit dem neunten Artikel des Grundgesetzes das Streiken legalisiert.

Doch auch wenn wir in Deutschland, im internationalen Vergleich gute Arbeitsbedingungen haben, muss das Streikrecht auch heute noch unantastbar bleiben. Vor allem nach den Streiks der GDL wurden die Rufe von Konservativen und Rechten laut, das Streikrecht zu ändern.

Aber selbst bei uns in Deutschland, wo die Arbeitsbedingungen gut sind, gibt es immer wieder Situationen in denen Arbeitende ausgebeutet oder unfair behandelt werden. Böse Stimmen mögen sagen dass sie einfach den Job wechseln sollten, doch egal in welchem Job man arbeitet kann man unfair behandelt werden.

Und Streiks geben den Arbeitenden, also jenen, ohne die nichts möglich wäre Macht, was eine grundlegende Gerechtigkeit ist. Im Falle der Streiks der GDL wäre es die DB gewesen die Zugeständnisse hätte machen sollen.

Von Elias Bitzer

# WILLKOMMEN IN MANNHEIM

Der Juso-Kreisverband Mannheim freut sich, die Mitglieder der Jusos Baden-Württemberg im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) 2024 vom 14. bis 15. September 2024 in Mannheim begrüßen zu dürfen!

Mit Herzblut streiten wir als Jusos Mannheim für die sozialdemokratische Idee. Wir freuen uns darauf, das höchste beschlussfassende Organ der Jusos Baden-Württemberg in unserer Heimatstadt willkommen heißen zu dürfen! Wir sind der Überzeugung: Mannheims Geschichte bietet vor dem Hintergrund der zahlreichen Krisen unserer Zeit und der Herausforderung einer erstarkenden Rechten einen Ankerpunkt und den idealen Rahmen für die sozialdemokratische Zeitenwende.

Im nachfolgenden Schaubild wird das Gesamtkonzept der LDK 2024 in Mannheim auf einen Blick zusammengefasst, wie wir es bereits im Rahmen der Landesvorstandssitzung vom 10. April 2024 präsentieren durften.

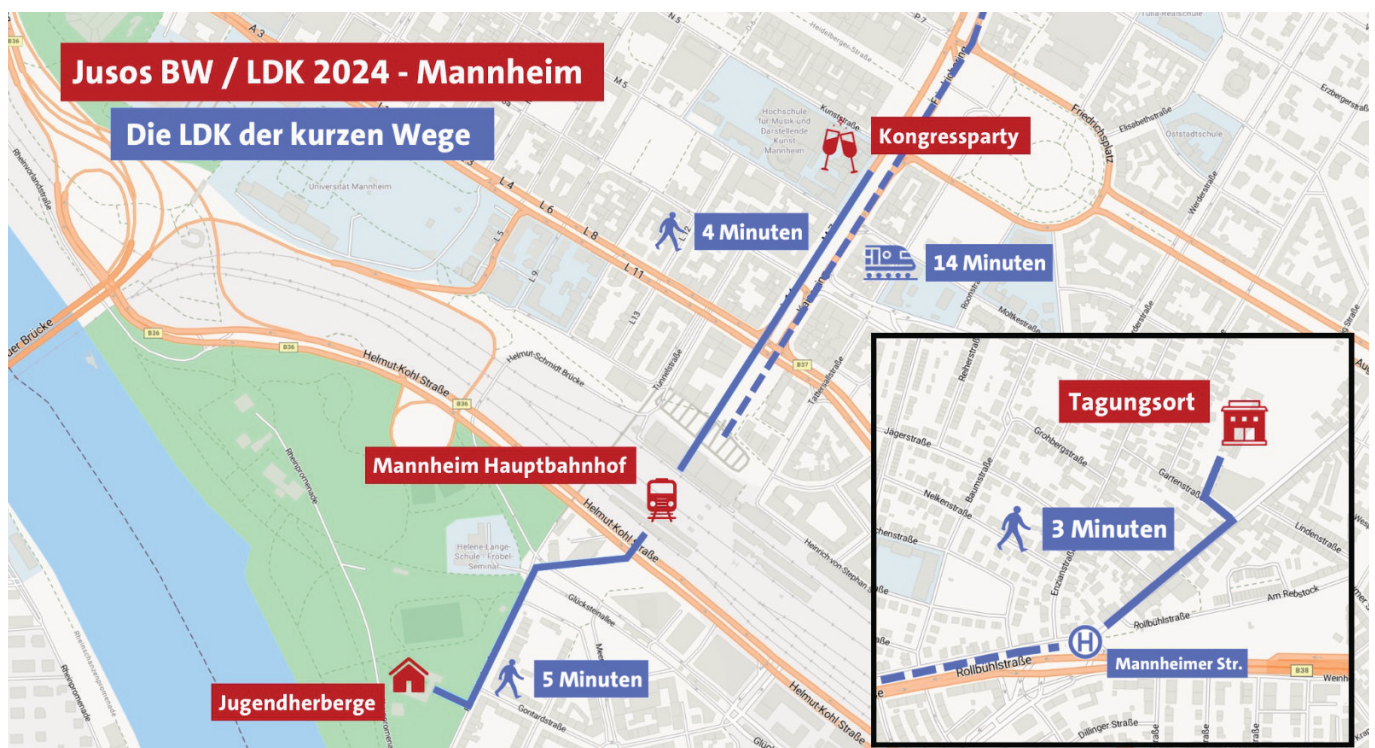
Als langjährigen und zuverlässigen Partner der SPD haben wir uns als Tagungsort der LDK 2024 für das Kulturhaus Käfertal entschieden. Das Kulturhaus Käfertal ist ein soziokulturelles Zentrum in Mannheim und gleichzeitig eine beliebte Location für politische Großveranstaltungen,

Events von Firmen, Institutionen und Privatleuten. Von 2018 bis 2020 generalsaniert, verfügt das Kulturhaus über einen großen Plenarsaal und mehrere kleine Räume, moderne Veranstaltungstechnik und Gastronomieausstattung.

Charlie Chaplin war nicht nur ein bekennender Verfechter des demokratischen Sozialismus, sondern ist auch Namensvater einer der beliebtesten Party-Locations Mannheims. In der einmaligen Kombination aus dem „Café Charlie“ und dem „Club Chaplin“ erfüllt dieser Ort alle Voraussetzungen für einen unvergesslichen Abend auf der Kongressparty der LDK 2024.

Kulturell, gesellschaftlich, politisch – Mannheim hat vieles zu bieten. Unser Anspruch ist es, diese Attribute in einer unvergesslichen „LDK der kurzen Wege“ zu bündeln. Wir sind der Überzeugung, dass wir mit unserem Konzept für die LDK 2024 im Herzen Mannheims eine unvergessliche Erfahrung für die zahlreichen Delegierten und Gäste des Landesverbandes Baden-Württemberg bereiten können, welche dem höchsten beschlussfassenden Gremium unseres Verbandes gerecht wird und in vielerlei Hinsicht neue Maßstäbe setzen kann.

*Solidarische Grüße, Jusos Mannheim*



# LDK BINGO

Um das Bingo zu gewinnen müsst ihr 4 aneinander liegende (diagonal, horizontal oder vertikal) Felder ausgefüllt haben, davon ein Foto machen und dieses auf Insta in eurer Story posten – Vergesst nicht uns dabei zu markieren. Die Leeren Felder füllt ihr bitte mit den untenstehenden Möglichkeiten nach eurer Wahl aus.

**Für die leeren Felder:** Zitat von Kraftklub/KIZ, Veranstaltungsunterbrechung, "Lob an den LaVo", Kampagnenplanung muss besser werden, Antrag ohne Debatte, Antrag ohne Einbringung, Antragsdebatte über eine Stunde

<b>Selfie mit den Gästen (Verlinkung des KONTRA)</b>	<b>„Kriegstüchtig“</b>	<b>Pause wird überzogen</b>	
<b>Open Slides funktioniert nicht</b>		<b>Verwirrung im Präsidium</b>	<b>Trump darf nicht Präsident werden ×5</b>
	<b>Landesbüro rennt durch den Raum</b>	<b>Redebeitrag bezieht sich auf das KONTRA</b>	<b>Überraschungsgast</b>
<b>SPD-Kanzler wird zitiert</b>	<b>Sportergebnisse werden durchgesagt</b>		<b>Landesregierung Bashing</b>

## LDK MEMES

Sendet uns eure Memes während der LDK via Instagram. Die Memes müssen thematisch zur LDK passen. Die besten Memes werden wir auf unserer Instagram Seite nach der LDK!



# MACH MIT BEIM KONTRA!

## WERDE TEIL DER OFFENEN REDAKTION DES KONTRAS!

Du hast Lust, deine Ideen und Visionen zu teilen, und möchtest politisch etwas bewegen? Dann bist du bei uns genau richtig! Das KONTRA bietet dir die perfekte Plattform, um dich kreativ auszuleben und gleichzeitig politisch zu engagieren. Egal, ob du schon Erfahrung im Schreiben und Erstellen von Medieninhalten hast oder einfach nur Lust hast, etwas Neues auszuprobieren – bei uns findest du deinen Platz!

## WAS WIR BIETEN

**Podcast:** Bist du ein Naturtalent vor dem Mikrofon, oder möchtest es einfach mal ausprobieren, oder bist du eher jemand für die redaktionelle Arbeit hinter dem Mikrofon oder bei dem finalen Schnitt des Podcast? Dann ist unser Podcast-Team genau das Richtige für dich! Hier kannst du spannende Interviews führen, über aktuelle politische Themen diskutieren und deine Meinung auf kreative Weise einbringen.

**Social Media:** Ob Instagram oder TikTok – unsere Social Media Kanäle leben von frischen Ideen bzw. müssen belebt werden und engagierten Beiträgen. Erstelle informative Posts, teile wichtige Botschaften oder drehe coole Videos. Hier kannst du deine Kreativität voll ausleben und dabei viele Menschen erreichen.

**Blog und Printausgaben:** Du schreibst gerne und möchtest deine Gedanken ausführlich teilen? In unserem Blog und unseren Printausgaben kannst du Artikel zu den Themen verfassen, die dir am Herzen liegen. Ob politische Analysen, Berichte über lokale Aktionen oder persönliche Meinungen – hier findet jede Stimme Gehör.

## WARUM MITMACHEN?

Bei uns kannst du nicht nur wertvolle Erfahrungen sammeln und deine Fähigkeiten weiterentwickeln, sondern auch aktiv an der Gestaltung unserer politischen Landschaft mitwirken. Du wirst Teil eines motivierten Teams, triffst Gleichgesinnte und kannst deine Ideen in die Tat umsetzen. Zusammen schaffen wir ein vielfältiges Landesmagazin.

Also, worauf wartest du noch? Mach mit und werde Teil unserer Redaktion! Deine Stimme zählt – und zusammen können wir Großes erreichen. *Jetzt anmelden und dabei sein!*

Hat dir die Printausgabe gefallen? Dann würden wir uns über eine Spende freuen. Bei 5 Euro von Dir, erreichen wir bereits unsere Druckkosten.

Dafür sammeln wir das Geld bei dem Paypal-Konto von Marius Kipfmüller: marius.kipfmuller@icloud.com oder +49 176 57934533

## IMPRESSUM

Das KONTRA-Magazin wird organisiert, mit Inhalten gefüttert, gestaltet und generell umsorgt von der gewählten Redaktion, auch von freien Redakteur\*innen, mehr zu der Redaktion findest du auf Seite 3. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung des\*der Autor\*in wieder.

V.I.S.D.P. Juso-Landesvorstand Wilhelmsplatz 10 70182 Stuttgart

Unsere Website



Unser Instagram



## DAS LANDESBÜRO DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG



## UNSERE THEMEN

KOMMUNALES BILDUNG TRANSFORMATION  
WOHNEN TEILHABE  
EUROPA DEMOKRATIE  
INTEGRATION JUGEND & POLITIK  
INTERNATIONALES

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

Wir bieten ein vielfältiges Angebot  
an Semianren, Workshops,  
Diskussionen, Ausstellungen und  
vielmehr!

Bleibt informiert!

Folgt uns auf Instagram und abonniert unseren Newsletter!



fritzerlerforum



<https://www.fes.de/fritzerler-forum>



